
Stellungnahme zur „Änderung des Niedersächsischen Justizgesetzes“ (Stand 24.06.2022)

Vorbemerkungen

Fehlendes Vorranggebot

Akteneinsicht

Zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizgesetzes

Vorbemerkungen

Dolmetscher*innen und Übersetzer*innen, die einen entsprechenden Eid geleistet haben, leisten einen wertvollen Beitrag für eine funktionierende Rechtspflege und die Gewährleistung des grundgesetzlich garantierten Anspruchs auf Rechtsschutz.

Die Rahmenbedingungen hierfür sollte der Staat schaffen und erhalten.

Grundsätzlich ist daher die Verabschiedung eines Gerichtsdolmetschergesetzes (GDolmG) zu begrüßen.

Jedoch ist das GDolmG verabschiedet worden, ohne ausreichend die Stellungnahmen der einschlägigen Verbände berücksichtigt zu haben, obwohl bereits im Vorwege bekannt geworden war, dass verfassungsrechtliche Bedenken bezüglich der Gesetzgebungskompetenz des Bundes bestehen (s. Empfehlungen des Bundesrats vom 30.10.2019).

Ferner finden die in der europäischen Richtlinie 2010/64/EU festgelegten Standards in Bezug auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen in Strafverfahren keine Berücksichtigung.

Des Weiteren wurden Übersetzer*innen und Gebärdensprachendolmetscher*innen ohne sachlichen Grund im GDolmG nicht berücksichtigt. Eine künstliche Aufspaltung der Berufsgruppe der Sprachmittler*innen ist dadurch bereits erfolgt.

Angesichts der Tatsache, dass Letztere nicht berücksichtigt wurden, muss unbedingt festgestellt werden, dass eine diesbezügliche berufsrechtliche Regelung hinsichtlich der **Ausbildungs- und Qualitätsanfordernisse** keinen Eingriff in die **Bildungshoheit der Länder** bedeuten darf.

Obwohl die Verabschiedung des GDolmG weder notwendig noch sinnvoll erschien (vgl. Bundesdrucksache 532/19 S. 9), müssen nun jedoch bundesweit durch die Bundesländer einheitliche Curricula erarbeitet werden (s. KMK-Beschluss vom 17.12.2020 – Rahmenvereinbarung zur Durchführung und Anerkennung von Prüfungen für Übersetzer und Übersetzerinnen, Dolmetscher und Dolmetscherinnen und Dolmetscher für Deutsche Gebärdensprache und Dolmetscherinnen für deutsche Gebärdensprache). Bundeseinheitliche Standards existieren weder für die Ausbildung noch für die Vereidigungen (Beeidigungen oder Ermächtigungen) und führen somit mindestens das GDolmG ad absurdum. In der Folge würde eine solche Harmonisierung - sowohl für Übersetzer*innen als, Gebärdensprachendolmetscher*innen und für Dolmetscher*innen - eine einheitliche und somit beschleunigte Bearbeitung der Anträge gewährleisten und gleiche Qualitätsstandards sicherstellen.

Bisher sehen sowohl die akademische Praxis der Ausbildung (vormals Diplome, nunmehr B.A.- und M.A.-Abschlüsse) als auch die staatlich anerkannten Prüfungen vor, dass zuerst die Übersetzer*innen-Prüfung bestanden werden muss, bevor eine Dolmetschprüfung folgen kann. Es sei außerdem angemerkt, dass staatlich anerkannte Prüfungen als Rechtsübersetzer*in (respektive Rechtsdolmetscher*in) nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in der bundesweiten Praxis quasi inexistent sind, insbesondere für Sprachen mit geringer Verbreitung. Jedoch gilt dies überraschenderweise ebenso für europäische Sprachen. Somit obliegt es nun den Ländern, für die benötigten Sprachen geeignete Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Gerichte, Behörden und anderen Institutionen sowie Rechtsanwälte und Notare zu schaffen. Die Bildungshoheit der Länder sollte in den entsprechenden Curricula Eingang finden.

Datenschutzrechtliche Vorschriften sollen Dolmetscher*innen und Übersetzer*innen bei allen Tätigkeiten berücksichtigen. Dies sollte auch bei der Publikation der **personenbezogenen Daten** etwa in offiziellen Verzeichnissen der Justiz Beachtung finden. Die Kolleginnen und Kollegen sollten in jedem Fall ein Mitspracherecht bei der Publikation ihrer eigenen Daten haben (s. „§ 28 Datenverarbeitung“).

Fehlendes Vorranggebot

Geeignete Übersetzer*innen, die erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen und/oder dies nachgewiesen haben, sollten direkt, also ohne die Zwischenschaltung von Agenturen oder Dolmetscherbüros beauftragt werden. Dies sollte ergänzend und explizit im Gesetz festgehalten werden. Ferner sollte es im GVG (bzw. § 73 StPO und § 404 ZPO) ergänzt werden, analog zu Sachverständigen. Auch hier sollte das Prinzip der Gleichbehandlung gelten.

Andere Übersetzer*innen sollten nur dann gewählt werden, wenn für die betreffenden Sprachen keine ermächtigten Übersetzer*innen gefunden werden können.

Andernfalls würden weiterhin regelmäßig Laien herangezogen werden: Auftragnehmer*innen, die weder über die notwendigen persönlichen noch fachlichen Voraussetzungen verfügen. In der Regel haben sie weder Fachkenntnisse noch Eignung nachgewiesen, und auch ihr persönlicher Hintergrund wurde zuvor nicht überprüft (z. B. durch ein Führungszeugnis). In diesen Fällen ist auch der Datenschutz grundsätzlich nicht gewahrt – aus Mangel an Wissen oder weil in den Agenturen erst eine geeignete Person gesucht werden muss (beispielsweise müssen sogar Anklageschriften oft mehrfach versendet werden, bis eine möglicherweise geeignete Person für die Übersetzung gefunden wird). Ferner bedeuten Laien einen Verstoß gegen den Anspruch auf rechtliches Gehör (vgl. Art. 103 Abs. 1 GG, EMRK, Charta der Grundrechte der EU).

Die Auswahl geeigneter Übersetzer*innen muss durch das Gericht, die Polizei oder die Staatsanwaltschaft erfolgen. Dagegen wird verstoßen, wenn eine Agentur beauftragt wird. Fraglich ist in solchen Fällen auch die Haftung. Eine Ladung oder Beauftragung der Kolleg*innen durch Agenturen hat zur Folge, dass die Auswahl unter Umgehung der richterlichen Entscheidung getroffen wird.

Akteneinsicht

Grundsätzlich sollte sowohl Dolmetscher*innen als auch Übersetzer*innen, die für die Justiz tätig und entsprechend beeidigt oder ermächtigt sind, Akteneinsicht gewährt werden, damit sie sich auf ihren Einsatz adäquat vorbereiten können. Sie sind qua Eid zur Verschwiegenheit verpflichtet. Eine Akteneinsicht würde die Tätigkeit der Kolleg*innen erleichtern und die Übersetzungs- oder Dolmetsch-Leistung verbessern und damit eine weitere Sicherung der Qualität darstellen. Darüber hinaus würde die Prozessökonomie verbessert. Die positiven Folgen für die deutsche Rechtsprechung liegen auf der Hand.

Zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizgesetzes

Zum Begriff „ermächtigte Übersetzerin“ oder „ermächtigter Übersetzer“ oder „allgemein beeidigte Gebärdensprachdolmetscherin“ oder „allgemein beeidigter Gebärdensprachdolmetscher“ (Artikel 1):

Das Niedersächsische Justizgesetz sollte einen einheitlichen Begriff einführen, und es wäre wünschenswert, wenn dieser dann auch einheitlich von den anderen Bundesländern verwendet würde. Wir schlagen daher den Begriff „ermächtigte*r Rechtsübersetzer*in“ oder „ermächtigte*r Justizübersetzer*in“ vor. Allgemeinere Bezeichnungen führen unserer Erfahrung nach zu Irritationen und leisten Missbrauch Vorschub.

Ermächtigte Übersetzer*innen sind nicht ausschließlich für die Justiz (Gerichte, Behörden – etwa der Zollbehörde -, Staatsanwaltschaft und Polizei) tätig, sondern auch für Rechtsanwälte und Notare. Dies sollte explizit ausgeführt werden.

Übersetzer*innen-Prüfung (§§ 22 ff.)

Fehlende Vereinheitlichung der Prüfungsinhalte:

Nach unserem Dafürhalten ist hier ein bundeseinheitliches Verfahren für zu ermächtigende Übersetzer*innen zu bevorzugen. Analog zur Regelung in § 5 DRiG, wäre eine Erarbeitung bundesweiter Studienpläne wünschenswert. Gerade die Festlegung inhaltlicher und nicht nur formaler Mindeststandards wäre dringend erforderlich: ausreichende Sprach- und Fachkenntnisse (Sprachniveau-Stufen nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen, mindestens C2 in allen Arbeitssprachen), gute Allgemeinbildung, hinreichende Vertrautheit mit den staatlichen Einrichtungen, den Rechtsordnungen, Kenntnisse der Rechtssysteme und der juristischen Terminologie, Rechtsfiguren und -institute, der geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland und des Sprachraums der Sprache, für die die Beeidigung oder Ermächtigung erfolgen soll, Berufsethik, usw. Dies könnte nach dem Muster des Hamburgischen Eignungsfeststellungsverfahrens erfolgen.

Entsprechende Aus- und Fortbildung, sowie die Abnahme der Prüfungen sollten den Bundesländern (Bildungshoheit) vorbehalten bleiben und nicht privaten Einrichtungen oder Verbänden übertragen werden.

Aus den oben genannten Gründen ist aus unserer Sicht auch § 190 GVG ersatzlos zu streichen, statt Justizangestellte in Verfahren o. Ä. zu verpflichten, die nicht über die notwendigen Fachkenntnisse verfügen.

Ferner sollte sichergestellt werden, dass die entsprechenden Inhalte auch an den IHK der Länder gelehrt werden, da bisher weder die bei Gericht benötigten Sprachen noch juristische Inhalte Eingang in den Unterricht fanden.

Die Anerkennung der bereits bestehenden (Studien-)Abschlüsse, sowie einer mindestens 3-jährigen Berufserfahrung sind ausdrücklich zu begrüßen.

Bußgeldvorschriften (§ 30)

Der Tatbestand der Ordnungswidrigkeit sollte aus unserer Sicht überdacht werden und von der Staatsanwaltschaft - analog zu § 132a StGB - mit Freiheitsstrafe oder Geldstrafe geahndet werden. Dies gebietet das Prinzip der Gleichbehandlung.

Übergangsregelung (s. auch § 189 Abs. 2 GVG)

Bestands- und Vertrauensschutz: Nach heutiger Rechtslage wird es ab 12.12.2024 nicht mehr möglich sein, sich auf den geleisteten Eid zu berufen.

Dies bedeutet für die Behörden in den Ländern einen erheblichen (Verwaltungs-)Aufwand und enorme Kosten. Auch durch verschobene oder vertagte Verfahren, da die bislang tätigen Kolleg*innen den Behörden des Landes nicht mehr zur Verfügung stehen.

Derzeit existieren im Bundesland Niedersachsen lt. www.justiz-dolmetscher.de 981 Einträge für Personen, die entweder als Dolmetscher*innen oder Übersetzer*in allgemein beeidigt oder ermächtigt sind (Stand 12.08.2022). Die Urkunden werden eingezogen bzw. getauscht oder neu ausgefertigt werden müssen. Die neu zu beeidigenden Personen werden hierbei außer Acht gelassen, jedoch müssen auch sie beeidigt und ermächtigt werden. Es sind also nicht nur Mehreinnahmen zu verzeichnen, sondern auch Mehrausgaben für die Bearbeitung und Verlängerung der Beeidigungen und Ermächtigungen.

Dies bedeutet auch, dass den bisher für die Gerichte und Behörden des Landes Niedersachsen tätigen Übersetzer*innen, Dolmetscher*innen und Gebärdensprachdolmetscher*innen die seit Jahrzehnten gute und verlässliche Arbeit geleistet haben, die weitere Ausübung ihres Berufs unmöglich gemacht wird. Eine solche Vorgehensweise kommt praktisch einem Berufsverbot gleich.

Ein erneutes Studium oder die Vorbereitung auf eine staatlich anerkannte Prüfung als Justizübersetzer*in (falls dies denn bundesweit möglich gemacht werden sollte) erscheint in der Kürze der verbliebenen Zeit weder möglich noch zumutbar.

Aus den oben geschilderten Umständen (Mangel an Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten auch an Universitäten, Mangel an Angeboten für die benötigten Sprachen u. a.) im Rahmen des Bestands- und Vertrauensschutzes, und um einem Mangel an eingearbeiteten Übersetzer*innen vorzubeugen, erscheint es uns erforderlich, die bisher tätigen und bereits ermächtigten Kolleg*innen ohne erneute Prüfung zu ermächtigen.

Wir verweisen ergänzend auf die Stellungnahme des Bundesforums Justizdolmetscher und -übersetzer (BFJ) vom 12.11.2020 zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften, die wir mitverfasst haben und vollumfänglich mittragen.

Für Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung. Sie erreichen und per Mail unter post@dievereidigten.de oder telefonisch unter [040-8223096](tel:040-8223096).

gez. Natascha Dalügge-Momme, M.A.

Vorstandsvorsitzende

Ilka C. Krüger, Dipl.-Übersetzerin

stellvertretende Vorsitzende